

Protokoll

der Gemeindeversammlung, Mittwoch, 18. Mai 2016, 20.00 Uhr,
im Zentrum Schützenmatt

<u>Vorsitz</u>	Gemeindepräsident Peter Dittli
<u>Protokoll</u>	Gemeindeschreiberin Petra Poletti
<u>Anwesend</u>	108 Stimmberechtigte
<u>Stimmzähler</u>	Titus Rüedi, Carmelweg 5, Menzingen Erwina Winiger, Kreuzrain 1, Edlibach

Traktanden

- Nr. 1 Genehmigung des Protokolls der Gemeindeversammlung vom 25. November 2015
- Nr. 2 Rechnung 2015
Bericht und Antrag des Gemeinderates und der Rechnungsprüfungskommission
- Nr. 3 Antrag Nachtragskredit Projekt Schulraumplanung
- Nr. 4 Informationen aus dem Gemeinderat

Eröffnung

Gemeindepräsident Peter Dittli eröffnet um 20.00 Uhr die Versammlung.

Er begrüsst die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die Gäste sowie den Vertreter der Neuen Zuger Zeitung und dankt ihm für eine objektive Berichterstattung. Er weist darauf hin, dass zur Unterstützung des Protokolls Tonbandaufnahmen gemacht werden.

Die Rechnungsgemeinde ist gemäss Art. 72 Abs. 1 des Gemeindegesetzes durch zweimalige Ausschreibung im Amtsblatt und Zustellung der Vorlagen an alle Haushaltungen ordnungsgemäss einberufen worden.

Der Vorsitzende weist auf das Stimmrecht hin und verliest den in der Gemeindeversammlungsbroschüre angebrachten Hinweis. Er ersucht die Nichtstimmberechtigten, sich bei den Abstimmungen der Stimme zu enthalten. Die Nichtstimmberechtigten dürfen sich auch nicht zu Wort melden, ausgenommen sind die heute anwesenden, von der Gemeinde eingeladenen Fachpersonen, denen zu bestimmten Traktanden das Wort erteilt werden kann.

Gemäss § 76 Abs. 2 des Gemeindegesetzes ist über Ordnungsanträge unverzüglich abzustimmen. Dazu gehören auch Rückweisungsanträge.

Die vom Vorsitzenden vorgeschlagenen **Stimmzähler** werden stillschweigend genehmigt.

Der Gemeindepräsident schlägt der Versammlung eine Änderung der Reihenfolge der Traktandenliste wie folgt vor:

- Nr. 1 Genehmigung des Protokolls der Gemeindeversammlung vom 25. November 2015
- Nr. 2 Antrag Nachtragskredit Projekt Schulraumplanung
- Nr. 3 Rechnung 2015
Bericht und Antrag des Gemeinderates und der Rechnungsprüfungskommission
- Nr. 4 Informationen aus dem Gemeinderat

Die Anwesenden stimmen der **geänderten Traktandenliste** einstimmig zu.

Behandlung der Traktanden

Nr. 1 Genehmigung des Protokolls der Gemeindeversammlung vom 25. November 2015

Zum Protokoll sind keine Änderungsanträge eingegangen.

Herbert Keiser möchte einen Hinweis bei der Kurzfassung des Protokolls anbringen. Dort sei eine Zahl vertauscht worden. Bei der Abstimmung auf Seite 4 beim Budget wurde der Antrag von Annemarie Staub mit 44 : 22 abgelehnt und nicht mit 44 : 0, wie im Protokoll abgedruckt.

Anmerkung der Protokollführerin: das Stimmenverhältnis beim erwähnten Antrag ist im Detailprotokoll mit 48 : 22 Stimmen vermerkt und wurde korrekt wiedergeben. In der Kurzfassung hingegen erscheinen die Zahlen mit 48 : 0. Somit ist das Stimmenverhältnis nur in der Kurzfassung falsch vermerkt.

Herbert Keiser fügt hinzu, dass an der letzten Gemeindeversammlung durch Annemarie Staub zahlreiche Fragen gestellt wurden. Isabelle Menzi schlug vor, die Fragen zusammen mit Annemarie Staub im Rathaus zu klären. Herbert Keiser möchte wissen, ob dieses Gespräch stattgefunden hat und wenn ja, wann und mit welchen Antworten.

Isabelle Menzi (Vorsteherin Finanzabteilung) bestätigt, dass dieses Gespräch stattgefunden hat und zwar am Montag vor einer Woche (9. Mai 2016). Anwesend waren RPK Präsident Rolf Berweger, Gemeindepräsident Peter Dittli, stv. Finanzverwalter Johann Meier, sie selbst und Frau Staub. Das Gespräch dauerte zwei Stunden und es wurden sämtliche Fragen beantwortet. Wie Isabelle Menzi bereits an der CVP Vorversammlung erwähnt hat, kann Herbert Keiser bei Bedarf gerne zu ihr kommen. Sie hat diese Fragen praktisch alle schon beantwortet. Was möchte er denn wissen?

Herbert Keiser möchte wissen, weshalb dieses Gespräch erst so spät stattgefunden hat. Hatte Frau Staub keine Zeit oder weshalb wurde die Besprechung erst eine Woche vor der Versammlung durchgeführt?

Peter Dittli antwortet, dass Annemarie Staub an der letzten Gemeindeversammlung gesagt hat, dass sie einen Brief mit Fragen schreiben würde. Vermutlich sei sie aber etwas im Stress gewesen sodass ihre Fragen relativ spät eingegangen sind. Als die Fragen vorlagen, wurde mit Annemarie Staub Kontakt aufgenommen und einen Termin abgemacht.

Das Protokoll ist korrekt und muss nicht angepasst werden. Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

Nr. 2 Antrag Nachtragskredit Projekt Schulraumplanung

Peter Dittli orientiert, dass der Gemeinderat an seiner Sitzung vom 27. April 2015 beschlossen hat, ein Mitwirkungsverfahren für die Schulraumplanung durchzuführen. Die Kosten für die externen Experten, Ortsplanungen und Moderation waren nicht im Budget 2015 enthalten. Im Mitwirkungsverfahren fanden im Jahr 2015 die Startveranstaltung und ein Workshop statt. Für die Konzeption und Planung des Mitwirkungsverfahrens sowie die Umsetzung, die fachliche Begleitung und die Moderation der beiden Anlässe durch externe Experten beantragt der Gemeinderat einen Nachtragskredit von CHF 71'200.

Die Aufwände von CHF 71'200 sind unter der Abteilung Präsidiales unter der Kostenstelle Verwaltung Präsidiales verbucht und im Kommentar zu den Abweichungen erwähnt. Die Kosten von CHF 32'000 für die Leistungen der externen Experten bis zum Abschluss des Mitwirkungsverfahrens im Mai 2016 sind im Budget 2016 berücksichtigt. Was mit diesem Geld gemacht wurde, wird Peter Dittli gerne bei der Schulraumplanung unter Traktandum 4 zeigen. Dort gibt es ein Traktandum „Bisherige Erkenntnis aus den vergangenen Workshops“. Was wäre die Alternative zum Mitwirkungsverfahren gewesen? Variante 1: der ursprüngliche Entscheid der Schliessung der Schule in Finstersee hätte gegen den Widerstand des Ortsteils durchgezogen werden können. Dies war für den Gemeinderat nach mehreren Sitzungen und längeren Diskussionen keine Option. Variante 2: das Mitwirkungsverfahren hätte mit internen Ressourcen durchgeführt werden können. Dies war aus fachlichen und personellen Gründen nicht möglich. Während der Verfahrensdauer war die Stelle des Gemeindeschreibers nicht besetzt. Für die ortsplanerischen Fragen fehlte das nötigen Fachwissen. Der Zeitaufwand für die Vorbereitung, Durchführung und Nachbearbeitung von den vier Veranstaltungen war beträchtlich. Der Aufwand hat sich gelohnt. Es ist ein breit abgestütztes Szenario für die Schulraumplanung vorhanden. Es wurden wichtige Vorarbeiten geleistet für die Machbarkeitsstudie.

Es liegt nun an der Gemeindeversammlung zu beurteilen, ob diese Investitionen sinnvoll waren.

Niklaus Elsener empfiehlt den Nachtragskredit zur Ablehnung. Das Vorgehen des Gemeinderates ist nicht zu akzeptieren. Wenn man dem Antrag zustimmt, wird man in Zukunft nicht mehr angefragt, sondern vor vollendete Tatsachen gestellt. So kann es nicht sein. Niklaus Elsener nimmt an, dass der Betrag bekannt gewesen ist, bevor der Workshop gestartet wurde. Man hätte gemerkt, dass an der Budgetgemeinde ein Kreditbegehren hätte vorgelegt werden müssen, bevor man gestartet hätte. Die Ablehnung des Nachtragskredites wäre ein Zeichen, dass man mit dem Vorgehen des Gemeinderates nicht einverstanden wäre. Niklaus Elsener möchte wissen, ob dieses Vorgehen des Gemeinderates zulässig ist. Zudem möchte er die Meinung der Rechnungsprüfungskommission wissen, wie sie dazu steht.

Peter Dittli erklärt, dass es richtig ist, normalerweise zuerst den Kredit zu beantragen und dann ins Geschäft geht. Es gibt jedoch Situationen, an denen der Gemeinderat schnell entscheiden muss. Wie bereits erwähnt, wurden viele Diskussionen geführt und Sitzungen abgehalten, bis klar wurde, dass man den Weg mit dem Mitwirkungsverfahren gehen muss. Gemäss Liste (*Anm. der Protokollführerin: Finanzkompetenzen*) kann der Gemeinderat entscheiden. Es ist keine Zahl erwähnt aber in speziellen Fällen muss der Gemeinderat entscheiden. Der Entscheid wurde gefällt, da es der Gemeinderat als richtig erachtete.

Rolf Berweger (Präsident RPK) fügt an, dass sie die Sache ebenfalls angeschaut haben. Der Zeitrahmen muss im Auge behalten werden. Bei Druck der Broschüre für die Budgetgemeindeversammlung ist es etwa Mitte Oktober. Zu diesem Zeitpunkt waren die Workshops wohl geplant, aber keiner davon hatte bereits stattgefunden. Bis Ende November, zum Zeitpunkt der Budgetgemeindeversammlung, wurden etwa CHF 10'000 oder 15'000 ausgegeben. Der Rest der Rechnungen ging im Dezember 2015 und rückwirkend auf Ende 2015 ein. Wenn der Gemeinderat an der Versammlung vom 25. November 2015 nicht erwähnt hätte, dass keine ausserordentliche Versamm-

lung einberufen werde, hätte die RPK den Gemeinderat darauf hingewiesen, da der Betrag von CHF 50'000 überschritten wurde. Dies wäre das Mass, welches tolerabel gewesen wäre. Dies hätte jedoch erst im Februar 2016 ausfindig gemacht werden können, da die RPK jeweils mit der Rechnungsprüfung zwischen Ende Februar und Mitte März beginnt. Ende März findet jeweils die Versammlung mit dem Gemeinderat statt. Die RPK hätte Ende Februar 2016 gemerkt, dass diese Position den Betrag von CHF 50'000 übersteigt und dann hätte die RPK den Gemeinderat angehalten, eine ausserordentliche Versammlung einzuberufen. Dies wäre allerdings schwierig gewesen, da diese Versammlung fast zur gleichen Zeit stattgefunden hätte wie die heutige ordentliche Versammlung. Somit war das Vorgehen des Gemeinderates in Ordnung, indem er vorangekündigt hat, dass es vermutlich einen Nachtragskredit braucht und dieser heute gestellt wird. Die ganze Angelegenheit hätte um etwa zwei Monate verkürzt werden können. Dies hat die RPK jedoch nicht als sinnvoll erachtet.

Tom Magnusson möchte Niklaus Elsener widersprechen. Die FDP hat sich entschieden, diesen Nachtragskredit zu unterstützen. Man kann jetzt sagen, das Geld ist sowieso schon ausgegeben. Dies alleine wäre allerdings nicht der richtige Schritt. Der Nachtragskredit sollte zwar genehmigt und das Geld damit nachträglich gutgeheissen werden um damit künftige Aufwände zu unterstützen. Der Betrag von CHF 100'000 scheint der FDP jedoch sehr hoch. Insbesondere wird erwartet, dass der Planungskredit, welcher im Herbst zur Abstimmung kommen wird, um mindestens den Betrag tiefer ist, als man ursprünglich gesagt hat. Dies ist Geld, welches hoffentlich dort einfließt. Andererseits wird geschätzt, dass das Mitwirkungsverfahren gemacht wurde. Die FDP war nicht der Meinung, dass dieses Geld hätte gespart werden müssen. Tom Magnusson glaubt jedoch, dass in der Gemeinde Menzingen viele Leute mit einer guten Meinung und gesundem Menschenverstand leben. So hätte man etwas weniger externe Unterstützung gebraucht und hätte das Ganze günstiger und ähnlich gut hinkommen. In diesem Sinn empfiehlt Tom Magnusson im Namen der FDP, den Antrag wie vom Gemeinderat vorgeschlagen, zu unterstützen.

Herbert Keiser fragt sich, welchen Gegenwert für die CHF 100'000 Mitwirkungsverfahren resultiert. Peter Dittli wird unter Traktandum 4 noch etwas darüber berichten. In der Zeitung konnte man lesen, dass es sich um eine Empfehlung des Gemeinderates handelt, verschiedene Machbarkeitsstudien zu veranlassen. Dies ist nach Meinung von Herbert Keiser für CHF 100'000 etwas wenig. Man kann hier geteilter Meinung sein. Dies wäre in der Verantwortung des Gemeinderates gewesen, mit Dialog und Verantwortung das Gespräch mit denjenigen Personen zu suchen, welche Einsprachen gemacht haben. Der Gemeinderat hat dies eingesehen, im April 2015 einen Marschhalt gemacht und beschlossen, ein Mitwirkungsverfahren aufzugleisen. Aber es wäre nach Meinung von Herbert Keiser auch möglich gewesen, dass der Gemeinderat zuerst mit den Einsprechern geredet, die Probleme aufgenommen und eine kostengünstige Lösung erreicht hätte. Hier unterstreicht er sein „Nein“ für den Nachtragskredit. Viel schlimmer erachtet er, und äussert damit seine Enttäuschung über die RPK und den Gemeinderat, dass die Finanzkompetenzen überschritten wurden und dies niemand gemerkt hat. CHF 20'000 wäre die Kompetenz und alles zusammengezählt wäre CHF 100'000. Es wird von CHF 71'200 geredet und dies ist für Herbert Keiser der zweite Grund. Dies ist ein „Foul“ des Gemeinderates gegenüber der Bevölkerung. Jetzt hat die Bevölkerung die Möglichkeit, dem Gemeinderat die gelbe Karte zu zeigen. Das Geld ist ausgegeben und kommt nicht mehr zurück. Aber man kann sich doch noch Gedanken über die Verbuchung der CHF 71'200 machen. Da gibt es verschiedenste Möglichkeiten. Der Entscheid, was schlussendlich damit passiert liegt bei der Gemeindeversammlung. Diese kann „Ja“ oder „Nein“ stimmen. Herbert Keiser wird „Nein“ stimmen. Vielleicht können die Anwesenden diesen Gründen nachfolgen.

Marianne Aepli möchte im Namen von Alternative – die Grünen den Antrag sehr zur Annahme empfehlen. Sie hätten diesen Antrag auch gerne viel früher gehabt, wie bereits Niklaus Elsener erwähnte. Der Antrag hätte kommen müssen, bevor der Gemeinderat im 2014 den Entscheid gefällt hatte ohne ein Mitwirkungsverfahren. In diesem Sinn ist das Mitwirkungsverfahren etwas was kostet, aber der Gemeinde etwas bringt. Die Schulraumplanung ist nicht nur etwas, was für die Schule gemacht wird, damit die Schule funktioniert, sondern es ist für die Gesellschaft von Menzingen. Und dazu gehört auch Finstersee und Edlibach. Im Mitwirkungsverfahren wurden nicht nur

die Anliegen von einzelnen Opponenten, Interpellanten, Motionären oder Petitionären aufgenommen. Es waren 30 bis 50 Leute von Menzigen von ganz verschiedener Herkunft mit unterschiedlichen Anliegen mit dabei und haben mitgearbeitet. Diese demokratische Abstützung in der Schulraumplanung ist eine Investition wert. Dies auch für die zukünftige Arbeit, welche in der Schulraumplanung auf die Bevölkerung von Menzigen zukommt. Die ALG empfiehlt den Anwesenden, den Antrag zu unterstützen um damit die Basis von demokratischer Mitarbeit in der Gemeinde weiter aufzubauen.

Andreas Etter teilt mit, dass die CVP Menzigen den Antrag des Gemeinderates ganz klar unterstützt. Herbert Keiser hat von einem „Foul“ gesprochen. Andreas Etter erachtet es als sinnvoll, die zweite Halbzeit oder allenfalls eine Verlängerung zu nutzen, d.h. wenn eine gesamtheitliche Schulraumplanung in der zweiten Jahreshälfte gemacht wird. Von dem her empfiehlt er ganz klar, den Antrag des Gemeinderates zu unterstützen. Patologie betreiben nützt in diesem Fall wenig. Der Gemeinderat wird sich bewusst sein, dass er nicht optimal gehandelt hat. Der Antrag des Gemeinderates wird ganz klar unterstützt.

Annemarie Staub ist der Meinung, dass es richtig ist, dass der Gemeinderat entscheidet. Aber es gibt noch eine Zuständigkeitsordnung, welche von der Gemeindeversammlung beschlossen wurde. Diese ist massgebend auch für den Gemeinderat, denn die Gemeindeversammlung steht über dem Gemeinderat. Für Annemarie Staub stellt sich die folgende Frage: die CHF 71'200 sind in der Rechnung 2015 belastet. Es kann nicht sein, dass bereits jetzt Aufwand darin enthalten ist, welcher wahrscheinlich erst im 2016 entstanden ist. Eine Rückbuchung ins 2015 wäre ein Abgrenzungsfehler und wäre somit eine Fälschung der Rechnung. Es sind noch die CHF 32'000 für Leistungen von externen Experten im Budget 2016 enthalten. Es stellt sich für Annemarie Staub die Frage, was vorher im 2014 noch an Aufwand angefallen ist. Diese Frage wurde durch Annemarie Staub schon einmal gestellt.

Peter Dittli entgegnet, dass in der Rechnung 2014 einen Betrag für die Schulraumplanung ausgewiesen wurde.

Annemarie Staub sagt, es geht noch um höhere Beträge. Es wurde vorhin gesagt, dass der Einsatz von externen Experten aus fachlichen Gründen nötig gewesen ist. Es gibt genug fachliche Kräfte wie Rektorat oder auch die Lehrerschaft. Man hätte nach Ansicht von Annemarie Staub etwas vernünftiger überlegen sollen. Die Schule Finstersee kann nie und nimmer geschlossen werden. Diese Schule gehört seit Jahren dorthin. Es wäre sinnvoller gewesen, zuzugeben, dass ein Fehler gemacht wurde und dass die ganze Übung abgebrochen wird. So hätte man die CHF 100'000 sinnvollerweise gleich in die Erneuerung des Schulhauses Finstersee investiert.

Peter Hodel hatte eigentlich nicht vor, an der Gemeindeversammlung vom 18. Mai 2016 zu reden. Es wird heute in der Gegenwart von etwas geredet, was in der Vergangenheit verbucht ist und in der Zukunft Wirkung haben wird. So ist das Leben. Peter Hodel hat eine ganz einfache Frage. Was passiert konkret, wenn die CHF 71'200 abgelehnt werden?

Peter Dittli erklärt, dass abgeklärt wurde, was bei einer Ablehnung des Antrages passieren würde.

Isabelle Menzi fährt fort, dass wenn der Nachtragskredit nicht bewilligt wird, trotzdem über die Jahresrechnung abgestimmt werden kann. Die Abweichung des von der Gemeindeversammlung beschlossenen Budgets und der Jahresrechnung würde in diesem Fall grösser werden.

Peter Hodel entgegnet, dass faktisch einfach etwas korrigiert wird was per se keine Wirkung mehr hat. In diesem Sinn soll heute nicht an die Vergangenheit gedacht werden und in der Gegenwart sagen, dass etwas für die Zukunft gemacht wird. Es sollte gemacht werden.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

Peter Dittli zieht den Schluss, dass der Gemeinderat nach bestem Wissen und Gewissen handelte und dies auch in Zukunft so machen wird.

Peter Dittli bringt den Antrag des Gemeinderates zur Abstimmung:
Die Gemeindeversammlung bewilligt einen Nachtragskredit von CHF 71'200 für die Aufwände der externen Fachexperten im Jahr 2015 für das Projekt Schulraumplanung zu Lasten der Erfolgsrechnung.

Der **Antrag** wird mit 61 : 27 Stimmen **gutgeheissen**.

Nr. 3 Rechnung 2015 – Bericht und Antrag des Gemeinderates und der Rechnungsprüfungskommission

Isabelle Menzi (Vorsteherin Finanzabteilung) gibt ausführliche Erläuterungen zur Jahresrechnung 2015 anhand einer PowerPoint-Präsentation ab.

Bei den **Abweichungen zum Budget – Mehrertrag durch Verkauf Höhenweg 8** weist Isabelle Menzi darauf hin, dass in der Broschüre zur Gemeindeversammlung auf Seite 6 und 7 sowie Seite 19 im Kommentar fälschlicherweise der Erlös mit CHF 850'000 anstelle von CHF 815'000 aufgeführt ist. In der Bilanz ist der Betrag jedoch richtig ersichtlich und wurde korrekt bilanziert.

Fragen zu den Abteilungen

Präsidiales

Annemarie Staub stellt eine Frage zur Finanzstrategie. Isabelle Menzi hätte gesagt, dass die Strategie weiterhin sei, dass der Finanzausgleich unter 45 % sein sollte. Um wieviele Prozente müssten die Steuern erhöht werden, wenn dies das Ziel sein sollte?

Isabelle Menzi erklärt, dass über die Finanzstrategie an der Budgetversammlung diskutiert wird. Es ist jetzt nicht der Zeitpunkt, über das Budget oder über die Strategie zu diskutieren. Auch in diesem Sinn, dass mit der wieder in Kraft gesetzten Finanzkommission genau diese Frage diskutiert wird.

Annemarie Staub ist überrascht, dass dies heute Abend wiederum erwähnt wird.

Es wird keine weitere Wortmeldung gewünscht.

Finanzen

Es werden keine Wortmeldungen verlangt.

Bildung

Es werden keine Wortmeldungen verlangt.

Bau und Unterhalt

Annemarie Staub verweist auf die Seite 28 der Detailrechnung, Konti 406.01/3141.00 Unterhalt Strassen und 3141.10 Oberflächenbeläge war im Budget CHF 333'000, gebraucht wurde CHF 369'176.15. Sie stellt damit eine Budgetüberschreitung in ziemlich grosser Höhe fest. Sie fragt an, weshalb es zu dieser Budgetüberschreitung kam. Gibt es hier auch eine Zuständigkeitsordnung? Und wo ist das Nachtragskreditbegehren, welches hätte gestellt werden müssen?

Martin Kempf erklärt, dass Oberflächenbeläge wie die Schneeräumung nicht beeinflussbar ist. Wenn etwas gebaut wird und eine Gemeindestrasse in der Nähe ist, ist es günstiger, wenn im gleichen Atemzug auch der Oberflächenbelag gemacht wird. Das

soll nicht heissen, dass dies ausgenützt wird. Dieses Jahr im Budget ist ein namhafter Betrag berücksichtigt, da die Sanierung der Industriestrasse geplant ist, da dies dringend nötig ist. Im hintersten Teil ist ein Baugesuch eingegangen. Der Baubeginn steht kurz bevor. Deshalb kann mit der Sanierung noch nicht begonnen werden. Der Betrag kann dieses Jahr aus diesem Grund nicht ausgeschöpft werden. Die Kompetenzen wurde aber klar nicht überschritten. Dies ist im Rahmen des Budgets möglich. Die RPK soll doch noch dazu Stellung nehmen.

Annemarie Staub möchte darauf hinweisen, genau hinzuschauen. Es kann passieren, dass es zu Überschreitungen kommt. Es sind einfach ein paar Sachen passiert, welche nicht hätten passieren dürfen.

Isabelle Menzi ergänzt, dass in den CHF 369'176.15 noch Aufwände von CHF 180'000 enthalten sind. Diese sind durch Korrekturen in der Investitionsrechnung vom Jahr 2014 entstanden. Wenn man diesen Betrag abzieht, ist man wieder im Budget.

Annemarie Staub fügt an, dass es sich hier um den Einlenker Seminarstrasse/Hauptstrasse/Carmel handelt. Hier hat es eine Kreditüberschreitung von fast CHF 50'000 oder 60'000 gegeben und diese wird jetzt einfach hinübergeschaufelt. Es hätte ein Nachtragskreditbegehren gestellt werden müssen.

Martin Kempf entgegnet, dass dies an der letzten Gemeindeversammlung gesagt wurde. Dieser Aufwand musste umgelegt werden, da in diesem Projekt nicht nur die Strasse saniert wurde, sondern auch die Kanalisation. Bei einer Strassensanierung saniert man bestenfalls auch die Leitungen. Aus diesem Grund wurde an der letzten Gemeindeversammlung gesagt, dass diese Kosten noch umgelegt werden sobald die Schlussrechnung vorhanden ist und die Abgrenzung von der Bauleitung gemacht wird. Dies ist der gleiche Auftragnehmer, welcher übrigens vom Kanton eruiert wurde. Es können nicht von einer Strasse fünf verschiedene Rechnungen gestellt werden. Es hat auch Oberflächenbeläge, welche nichts mit dem Einlenker zu tun haben. Diese wurden sauber abgegrenzt. Es gibt eigentlich keinen von der Bauabteilung eingeholten Kredit, welcher überschritten wird. Deshalb ist dies für Martin Kempf sehr wichtig und er ist gerne bereit, jede Rechnung durchzugehen und dies aufzuzeigen. Das ist wirklich eine Abgrenzung, welche nur mit der Kanalisation und einem Teil des Trottoirs auf der Klosterseite auf einer Rechnung ersichtlich war und von der Buchhaltung so verbucht wurde. An der letzten Gemeindeversammlung wurde gesagt, dass sobald die Abschlussrechnung vorliegt, diese Beträge aufgeteilt werden.

Annemarie Staub ist nach wie vor der Meinung, dass ein Nachtragskreditbegehren hätte gestellt werden müssen. Aber dies könne man vergessen. Wären ein paar tausend Franken weniger hinübergeschaufelt worden, dann wäre dies nicht passiert. Es ist dann problematisch wenn man dann beim Einlenker Minderausgaben ausweist, was de facto auch nicht stimmt.

Herbert Keiser hat eine Frage zur Detailrechnung auf Seite 24. Konto 401.00/3090.00 Aus- und Weiterbildung des Personals. Budgetiert war ein Betrag von CHF 2'500 und gebraucht wurden CHF 15'180.20. Er möchte wissen, wie sich diese Ausgaben zusammensetzten.

Isabelle Menzi entgegnet, dass im letzten Jahr eine sehr kompetente Mitarbeiterin angestellt wurde. Sie kam von Risch. Sie hat dort eine Ausbildung absolviert. Und da sie früher als vereinbart gegangen ist, wurden diese Kosten von der Gemeinde Menzingen übernommen.

Herbert Keiser möchte sicher stellen, dass es sich hier um die Ausbildungskosten von Julia Wyrsh handelt.

Dies wird von **Isabelle Menzi** bestätigt.

Rolf Berweger möchte die Überschreitung im Strassenunterhalt ins rechte Licht stellen und erläutern, wie sich die RPK dazu stellt. Frau Staub hat Recht, dass der

Budgetbetrag überschritten wurde. Jedoch muss die Aussage von Martin Kempf berücksichtigt werden, dass der Umlenker Carmel, welcher schon im 2014 teilweise gebaut wurde, erst Ende 2015, d.h. sogar im Februar 2016 umgebucht wurde. Es wurden Kosten umgebucht, welche nicht zu diesem Projekt gehörten. Wenn man dies so berücksichtigt, hat Frau Staub Recht, dass der Budgetbetrag um 11 % überschritten wurde. 10 % liegen in Eigenkompetenz des Gemeinderates. 1 % entsprechen CHF 3'000, welche die Überschreitung darstellt. Die RPK erachtet es nicht als gegeben, wegen CHF 3'000 einen Nachtragskredit einzuholen oder eine Bemerkung in der Rechnung zu machen.

Annemarie Staub hat noch eine Frage zum Sportplatz Chrüzegg, Konto 413.06. Aufwand zu Lasten von Menzingen Rechnung 2014: CHF 99'557, Budget 2015: CHF 307'000, Rechnung 2015: CHF 314'000. Diese Beträge sind ohne den Zinsaufwand. Obwohl Annemarie Staub in der Vergangenheit schon verschiedentlich mündlich und schriftlich darauf aufmerksam gemacht hatte, dass die Einnahmen fehlen, enthält auch die Rechnung 2015 keine Einnahmen. Nicht ausgewiesen sind der Kostenanteil des Sportclubs von CHF 2'500 gemäss Beschluss der Gemeindeversammlung, der Baurechtszins von CHF 100, Gebühreneinnahmen für Benützung und Vermietung des Sportplatzes, des Gebäudes und der Aussenanlage durch Vereine und Privatpersonen für Grillfeste und Familienfeiern, welche dort abgehalten werden. Die Gemeinde hat jedoch Aufwand für Strom, Wasser, Heizungs- und Kanalisationsgebühren, Abnützung des Gebäudes, Reinigungskosten etc. Ebenfalls fehlt der Kostenanteil der Gemeinde Neuheim von einem Drittel oder rund CHF 100'000. Annemarie Staub möchte zu bedenken geben, dass Neuheim gegenüber Menzingen nicht zimperlich umgegangen ist, als es um die Weiterverrechnung von CHF 68'000 zu Lasten der Rechnung 2015 Menzingen gegangen ist. Dies war für geleistete Notariatsarbeiten. Neuheim hat sich, obwohl es so vorgesehen war, nicht an den Kosten für die Neugestaltung des Sportplatzes mit einem Drittel von gut CHF 700'000, beteiligt. Es stellt sich auch die Frage, weshalb seitens RPK kein Vorbehalt gemacht wurde.

Peter Dittli ist erstaunt. Vor zwei Wochen wurde Annemarie Staub im Gemeindehaus begrüsst, wie bereits von Isabelle Menzi erwähnt wurde. Teilgenommen an diesem Gespräch haben Isabelle Menzi, RPK Präsident, stv. Finanzverwalter und er selbst. Alle diese Fragen wurden zusammen besprochen und geklärt. Falls Annemarie Staub nochmals eine Antwort möchte, wird Isabelle Menzi diese nun nochmals geben.

Isabelle Menzi kann sich gerne noch einmal wiederholen. Erstens vergleicht sie nicht gerne Äpfel mit Birnen, da das Eine nichts mit dem Anderen zu tun hat. Beim Sportplatz ist es so, dass sämtliche Erträge als Aufwandminderung verbucht wurden. Dies wird seit Jahren so gemacht. Deshalb erstaunt es sie, dass sich bis jetzt noch niemand daran gestört hat. Aber jetzt stört es. Annemarie Staub wurde kürzlich mitgeteilt, dass man dieses Vorgehen in Zukunft ändern möchte und die Beträge künftig brutto verbuchen und ausweisen wird. Es ist aber alles regelkonform abgelaufen. Diese Beträge sind bei der Gemeinde wie vereinbart eingetroffen.

Annemarie Staub hat noch eine Frage. Eigentlich wollte die RPK dazu Stellung nehmen. Neuheim hat in ihr Budget CHF 4'000 aufgenommen und Menzingen hat genickt. Es kann nicht sein, dass Neuheim nur einen Kostenanteil von CHF 4'000 leistet. Die RPK war an der Besprechung mit diesem Betrag auch nicht einverstanden.

Isabelle Menzi entgegnet, dass auch dieses Thema aufgegriffen wird und dass diese Verhandlungen wieder gestartet werden. Daran wird laufend gearbeitet. Es ist nicht so, dass mit Neuheim nie über dieses Thema geredet wird.

Rolf Berweger erklärt, dass RPK Rechnungsprüfungskommission heisst. Das heisst, dass die Rechnung per 31. Dezember 2015 geprüft wurde. Dass Bruttoverbuchungen nicht passiert sind, wurde entsprechend vermerkt und dies wird geändert. In der nächsten Rechnung ist es dann so und dies wird durch die RPK geprüft. Die RPK hat weder die Befugnis noch die Idee, den Gemeinderäten von Menzingen oder Neuheim vorzuschreiben, welche Betriebskosten gegenseitig verrechnet werden müssen. Die RPK prüft Ende 2016, was erreicht und was diskutiert wurde. Wenn etwas erreicht

wurde, wird geprüft ob richtig verbucht wurde. Dies sind soweit die Kompetenzen der RPK. Falls für die RPK mehr Kompetenzen erwünscht sind, muss dies der RPK mitgeteilt werden.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen verlangt.

Liegenschaften

Es werden keine Wortmeldungen verlangt.

Volkswirtschaft, Kultur und Sport

Es werden keine Wortmeldungen verlangt.

Sicherheit

Es werden keine Wortmeldungen verlangt.

Soziales und Gesundheit

Es werden keine Wortmeldungen verlangt.

Isabelle Menzi teilt eine weitere Berichtigung der Broschüre auf Seite 25 mit. Dort wurde das Kreditbegehren Werkhof/Ökihof mit einem Gesamtkredit von fälschlicherweise CHF 750'000 beziffert. Der korrekte Betrag lautet CHF 780'000. Sie entschuldigt sich für diesen Fehler.

Annemarie Staub stellt eine Frage zum Eigenkapital. Was ist der Ressourcenausgleich von CHF 140'000 unter den Rückstellungen bei den Passiven, welcher auf Seite 11 in der Broschüre aufgeführt ist?

Isabelle Menzi erklärt, dass es sich hier um eine Rückstellung handelt, welche in der Vergangenheit gebildet wurde. Dieser Betrag ist nicht aus dem letzten Jahr, sondern erscheint schon länger unter dieser Position. Wofür dieser Betrag genau ist, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht gesagt werden. Klar ist, dass diese Rückstellung nicht im letzten Jahr gebildet wurde.

Annemarie Staub fügt hinzu, dass beim Finanzausgleich die gleiche Situation besteht. Weshalb wurde diese Rückstellung gebildet?

Isabelle Menzi entgegnet, dass auch diese Rückstellung schon seit längerem unter dieser Position geführt wird, bisher aber scheinbar niemanden interessierte.

Annemarie Staub erklärt, dass es sich um Stille Reserven oder Eigenkapital handelt. Es wird wahrscheinlich Eigenkapitalcharakter haben. Sie möchte die RPK bitten, dies zu prüfen. Wenn das Jahr 2016 schon so schlecht abschliessen sollte, dann sollte der Ressourcenausgleich aufgelöst werden oder den Antrag stellen, den Betrag ins Eigenkapital zu übertragen. Es sind nämlich fast CHF 1'000'000. Und weshalb kommen bei den Transitorischen Passiven noch einmal CHF 1'000'000 dazu?

Isabelle Menzi erklärt, dass dies eine Abgrenzung ist, welche im letzten Jahr stattgefunden hat. Die Transitorischen werden dieses Jahr aufgelöst. Wie bereits gesagt, ist man daran, diese aufzulösen. Die Transitorischen sind übrigens während Jahren angestiegen und es hat niemanden interessiert. Und jetzt plötzlich sollten diese auf Null sein. Man ist ständig daran. Es ist nicht so, dass nichts gemacht wird. Die Transitorischen sind jetzt budgetiert und werden gemäss Budget genau so aufgelöst. Wie jedes Jahr gibt es immer wieder neue Rechnungsabgrenzungen. Auch dies ist passiert.

Annemarie Staub geht es darum zu wissen, was diese Million ist.

Isabelle Menzi entgegnet, dass man weiss, was es ist. Details können angeschaut

werden. Heute Abend liegt diese Liste nicht vor, was alles drin steht.

Peter Dittli schlägt vor, dass Annemarie Staub ins Rathaus eingeladen wird und sie dort diese Fragen erneut stellen kann und die Fragen wieder beantwortet würden.

Annemarie Staub spricht noch die Denkmalpflege an. Dort sind zwei Posten ersichtlich. Sie hat bereits mit Martin Kempf schon vor einem Jahr darüber gesprochen. Er sagte, dass er dies abkläre. Sie weiss aber noch nicht mehr. Es geht um die BAMF.

Isabelle Menzi entgegnet, dass auch diese Frage während des kürzlichen 2-stündigen Gesprächs behandelt wurde und man diesbezüglich in Abklärung ist. Sie bittet Annemarie Staub schriftlich mitzuteilen, wenn sie Kenntnis darüber hat, was vor Jahrzehnten passiert ist. Mit reinen Aussagen kann leider nichts angefangen werden.

Annemarie Staub versichert, dass sie die Sache wegen dem BAMF der Gemeinde am 17. März 2016 schriftlich mitteilte. Dann legen wir das BAMF auf die Seite. Aber es geht noch um die KSM, um die CHF 359'798. Das ist die Kantonsschule. Da bestehen für Annemarie Staub drei grosse Fragezeichen. Es gab einmal eine Liste mit drei Kategorien von Gebäuden in der Gemeinde. Es sind Gebäude, welche Bundes-, Kantons- und Gemeindebeiträge auslösen und solche, die nur Kantonsbeiträge auslösen und Gebäude, welche Kantons- und Gemeindebeiträge auslösen. Das Semi war nicht auf der Liste mit den Gemeindebeiträgen aufgeführt. Da muss man sich auf diese Liste berufen. Für Annemarie Staub ist es erstaunlich oder fragwürdig, dass jetzt Gemeindebeiträge bezahlt werden sollten, und das noch an den Kanton Zug. Sie fragt sich, ob das Semi gleich ist wie das Lassalle-Haus, also unter Schutz gestellt? Was wurde dagegen unternommen?

Martin Kempf erklärt, dass die Denkmalpflege sein Lieblingsthema ist. Es hat ihn als Bauchef jedesmal betroffen. Seit zwei Jahren vertritt er die Berggemeinden in der Denkmalpflege, ist aber sehr oft nicht gleicher Meinung wie alle anderen in der Kommission. Es gilt, sich an das Gesetz zu halten. Da kann die Gemeinde keinen Einfluss nehmen. Sie kann sich, wenn der Kanton etwas unter Schutz stellen möchte, anhören lassen. Dort kann die Gemeinde eine Stellungnahme dazu geben. Im Zusammenhang mit der KSM war Martin Kempf vor Jahren zusammen mit der ehemaligen Gemeindepräsidentin Margrith Hegglin an einer Begehung bei der KSM mit dem Kanton. Die Gemeinde teilte danach schriftlich mit, dass die KSM nicht unter Schutz gestellt werden sollte, da das Gebäude kein Unter-Schutzstellungscharakter, d.h. von der denkmalpflegerischen Substanz her, aufweist. Insofern, dass am Anfang das grosse Haus hätte unter Schutz gestellt werden sollen. Der Kanton hat dann gemerkt, dass er selbst das Gebäude nicht brauchen kann. Dieses Gebäude konnte damals herausgenommen werden. Es wurde damals das Möglichste versucht. Die Gemeinde hat keinerlei Kompetenzen, um irgend etwas zu bewerkstelligen. Es wurde ein Schreiben versandt. Wenn die Gemeinde gegen eine Unter-Schutzstellung ist, dann kann die Direktion des Innern dies nicht mehr selbst entscheiden, es geht dann vor den Gesamtingesamterrat. Und dieser entscheidet dann. Der Regierungsrat hat damals klar gesagt, dass das Gebäude unter Schutz gestellt werden muss. In den letzten Jahren hätte man in Menzingen zum Glück nicht viel zahlen müssen. Aber im Moment explodieren die Kosten. In Menzingen befinden sich zig Gebäude, welche bereits unter Schutz stehen, welche saniert werden. Bei vielen Gebäuden passiert zum Glück etwas, bevor das Ganze verfällt. Aber das kostet die Gemeinde sehr viel. In den nächsten Wochen findet die Inventarüberarbeitung in der Gemeinde Menzingen statt. Viele haben ein Schreiben vom Kanton erhalten. Da ist die Gemeinde nicht direkt involviert, sondern ist direkt betroffen. Auch die Gemeinde besitzt Gebäude, bei welchen sie dazu eingeladen wurde. Jedes Gebäude, welches zusätzlich ins Verzeichnis kommt, ist eine Frage der Zeit, bis dies in der Gemeinderechnung erscheint. Aber diese Beträge sind vom Kantonsrat festgelegt. Der Kantonsrat hat im Gesetz definiert, wieviele Prozente der denkmalrelevanten Sanierungskosten durch die Gemeinde bezahlt werden müssen. Das ist der genau gleiche Anteil wie der Kanton zahlen muss. Hier hat die Gemeinde gar keinen Einfluss in der Gemeinde selbst. Das Kantonsgesetz ist in Überarbeitung in der Direktion des Innern zusammen mit der Regierung. Aber es ist ein massiver Brocken. Martin Kempf teilt diese Auffassung. Er hat diese Zusammenstellung der Ge-

bäude für die nächsten sechs bis sieben Jahre gemacht. Es sind viele Sachen, von denen die Gemeinde nichts weiss, wenn ein Eigentümer etwas plant. Das gibt eine Summe und dies macht auf sechs oder sieben Jahre gegen 5 Steuerprozent pro Jahr aus. Es ist happig, aber die Gemeinde kann keinen Einfluss nehmen. Man muss sich an das Gesetz halten. Früher hat ein Regierungsrat etwas versprochen. Aber wenn der neue Regierungsrat mit dem Parlament zusammen etwas beschliesst, dann gilt das für alles. Die Gemeinde ist daran gebunden.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen verlangt.

Isabelle Menzi kommt somit zum Schlusswort.

Peter Dittli fragt die Rechnungsprüfungskommission an, ob sie zur Rechnung 2015 Ergänzungen machen möchte.

Das Wort wird nicht verlangt.

Gemeindepräsident Peter Dittli möchte die Anträge des Gemeinderates zur Abstimmung bringen:

1. Der Gemeinderat beantragt, die Jahresrechnung 2015 zu genehmigen.
2. Eine Steuerausgleichsreserve in der Höhe von CHF 655'000 zu schaffen.
3. Den Mehrertrag von CHF 478'744.62 an das Freie Eigenkapital zu überweisen.

Annemarie Staub stellt einen Gegenantrag: Es sollen zusätzliche Abschreibungen von CHF 470'000 gemacht werden und dem Freien Eigenkapital nur CHF 8'744.62 zuzuweisen. Begründung: im Jahr 2015 resultierten CHF 413'500 tiefere Abschreibungen als budgetiert aufgrund von Bauverzögerungen beim Werkhof. Es ist ein Betrag, welcher im Budget 2015 zur Abschreibung vorgesehen war. Im Jahr 2016 ist kein entsprechender Aufwand vermerkt. Wenn jetzt nicht zusätzliche Abschreibungen gemacht werden, gibt es eine Verlagerung vom 2015 ins 2016. Das Jahr 2016 sollte ohnehin schon schlecht abschliessen, wie man gesehen hat, als das Budget genehmigt wurde. Darum bittet Annemarie Staub, aus finanzpolitischen Überlegungen, auch im Sinne einer gewissen Kontinuität, dass dem Antrag von Annemarie Staub zugestimmt wird und zusätzliche Abschreibungen von aufgerundet CHF 470'000 werden. Falls man aber der Ansicht ist, dass die Rechnung 2016 um gut CHF 400'000 schlechter ausfallen sollte als budgetiert, dann sollte dem Antrag des Gemeinderates zugestimmt werden.

Es muss so oder so abgeschrieben werden. In der Kasse verbleibt so oder so kein Franken mehr oder weniger. Aber es wäre vernünftiger wenn man zusätzliche Abschreibungen machen würde.

Isabelle Menzi fügt an, dass wenn von Kontinuität gesprochen wird dann würde man sämtlichen Gewinn ins Freie Eigenkapital überweisen. Dies wird eben nicht gemacht, sondern es werden Steuerausgleichsreserven gebildet. Das andere ist, was Isabelle Menzi zuvor erklärte, weshalb man zum jetzigen Zeitpunkt keine zusätzlichen Abschreibungen machen sollte. Sondern erst nachdem ein neuer detaillierter Finanzplan erstellt wurde mit guter Grundlage, damit man sich nicht voreilig etwas vergibt.

Annemarie Staub möchte noch eine Bemerkung machen. Die Steuerausgleichsreserve ist absolut nicht notwendig. Isabelle Menzi sagte vorhin, dass das Eigenkapital da sei, um Defizite abzubuchen. Man könnte dort Defizite abbuchen, aber Annemarie Staub möchte sich nicht mehr dazu äussern. Sie persönlich sei kein Freund von Steuerausgleichsreserven.

Peter Dittli fasst zusammen, dass nun zwei Anträge vorliegen. Den einen von Annemarie Staub, welcher zusätzliche Abschreibungen von CHF 470'000 verlangt und den Antrag des Gemeinderates.

Antrag Annemarie Staub: Wer kann dem Antrag von Annemarie Staub zustimmen? Der Antrag wird mit 7 Stimmen gutgeheissen.

Antrag Gemeinderat: Wer kann dem Antrag des Gemeinderates zustimmen, die Jahresrechnung 2015 wird genehmigt und eine Steuerausgleichsreserve von CHF 655'000 zu schaffen und den Mehrertrag von CHF 478'744.62 an das Freie Eigenkapital zu überweisen?

Dem Antrag des Gemeinderates wird mit 83 : 2 Stimmen **zugestimmt**.

Nr. 4 Weitere Informationen aus dem Gemeinderat

Beantwortung Interpellation CVP betreffend Fragen zur Zukunft der Gemeinde Menzingen

Peter Dittli übergibt das Wort an Susan Staub und Barbara Beck-Iselin, welche der Versammlung die Interpellationsfragen und -antworten vorlesen werden.

Die Interpellationsfragen sind in der Broschüre abgedruckt und ab morgen Donnerstag ist die ganze Antwort auf der Gemeindehomepage publiziert.

Peter Dittli fragt den Interpellanten der CVP, Andreas Etter, ob er mit den Antworten des Gemeinderates zufrieden ist.

Andreas Etter bedankt sich beim Gemeinderat für die Antworten. Die CVP macht sich aber sehr intensiv Gedanken über die Wohngemeinde Menzingen. In diesem Zusammenhang scheinen die Antworten teilweise sehr oberflächlich und wenig konkret. Beispielsweise stellt sich die Frage, was genau eine Vermittlerrolle oder Standortmarketing ist, was in der Antwort angedeutet wird. Ist der Gemeinderat bereit, Verwaltungsprozesse konkret zu überprüfen und strukturiert anzugehen? In diesem Sinn ist das Interesse der CVP daran, nun diese Frage nicht einfach ad acta zu legen sondern weiterhin zu verfolgen und sukzessive abzuarbeiten. Die Gemeinde Menzingen ist ein lohnenswertes Objekt, um das man kämpfen könnte, damit man das, was heute ist, weiter erhalten werden kann. Sei dies Bildungsstandort, Natur oder eine optimale Wohngegend. In diesem Sinn bedankt sich Andreas Etter auch für konkretere Angaben.

Peter Dittli nimmt im Namen des Gemeinderates diese Stellungnahme zur Kenntnis. Damit ist das Traktandum „Beantwortung Interpellation CVP betreffend Fragen zur Zukunft der Gemeinde Menzingen“ abgeschlossen.

Stand Schulraumplanung

Peter Dittli (Schulpräsident) fährt weiter mit dem Stand der Schulraumplanung. Dabei werden ausführliche Erläuterungen zum Abschluss des Mitwirkungsverfahrens der Schulraumplanung anhand einer PowerPoint-Präsentation gemacht.

Das Wort wird nicht verlangt.

Werkhof / Ökihof

Martin Kempf (Vorsteher Bauabteilung) weist auf das Plakat am Eingang hin. Man ist aktuell bei den letzten Arbeiten angelangt. Der neue Werkhof wird ab dem 16. August 2016 am neuen Standort in der Industrie Moos betrieben. Wenn dann alles in Betrieb und fertig eingerichtet ist, findet am 17. September 2016 der Tag der offenen Tür statt. Das genaue Programm für diesen Anlass folgt zu einem späteren Zeitpunkt.

Das Thema Photovoltaikanlage wurde des Öfteren diskutiert. Die Gemeindeversammlung bewilligte, dass die Dachfläche für eine Photovoltaikanlage zur Verfügung gestellt werden darf. Dies hat mit der Ägerital Energiegenossenschaft stattgefunden. Diese bewirtschaften die Anlage aus dem Genossenschaftskapital. In der Zwischenzeit sind die CHF 400'000 zusammen. Letzte Woche an der GV haben noch CHF 25'000 gefehlt. Falls Interesse besteht, das Projekt zu unterstützen oder Strom zu kaufen, kann die Ägerital Energiegenossenschaft direkt kontaktiert werden. Die Gemeinde Menzingen

gen hat mit Ägerital Energiegenossenschaft einen Vertrag abgeschlossen. Die Dachflächen werden der Betreiberin kostenlos zur Verfügung gestellt. Im Gegenzug erhält Menzingen günstigeren Ökostrom. Die Energie, welche für den Betrieb des Werkhofes benötigt wird, wird direkt abgezogen, ohne dass dieser Bedarf zuerst ins Netz eingespielen wird. Das erste Gebäude an der Industriestrasse mit den Marktständen und Signalisationsmaterial kann bis Ende Monat bezogen werden. Dies hat den Vorteil, dass das Material nicht im alten Depot aufgeladen werden und an den neuen Standort gebracht werden muss. Der Umzug kann so sukzessive stattfinden. Die anderen zwei Gebäude des Ökihofes sind auch fast fertiggestellt. Im Moment sind dort die Installationen an der Maschinenhalle, am Aufenthaltsraum und in den Technikräumen im Gang. Die Aufrichtung fand bereits statt und das Dach wird jetzt gedeckt. Die drei Gebäude können zwei Wochen vor dem 16. August 2016 in Empfang genommen und eingerichtet werden. Die Werkhofmitarbeiter heissen Sie ab dem 16. August 2016 herzlich am neuen Standort willkommen.

Karl Nussbaumer freut sich auf den neuen und grossen Werk- und Ökihof. Er wurde schon von diversen Bürgerinnen und Bürgern angefragt, ob der Werk- und Ökihof nicht auch jeweils am Samstagmorgen geöffnet werden könnte. Seiner Ansicht nach ist es nicht nötig, jeden Samstag zu öffnen. Aber der Gemeinderat soll bitte prüfen, ob man den Ökihof jeden zweiten Samstag für die Bevölkerung öffnen könnte. Es gibt immer wieder Leute, welche den Ökihof gerne an einem Samstag besuchen möchten.

Martin Kempf erklärt, dass die Gemeindeversammlung beschlossen hat, dass der ZEBA (Zweckverband der Zuger Einwohnergemeinden für die Bewirtschaftung von Abfällen) die Organisation betreibt. Der Kontakt mit dem ZEBA ist erfolgt. Es ist so geplant, dass der Ökihof an einem Samstag geöffnet sein wird. Im Moment geht man davon aus, dass der Ökihof jeweils am ersten Samstagmorgen im Monat für die Bevölkerung geöffnet sein wird. Nach der nächsten ZEBA-Sitzung mit dem Verwaltungsrat von morgen Donnerstag wird dies öffentlich kommuniziert. Es kann davon ausgegangen werden, dass künftig diese Samstagsöffnungszeiten gelten.

Bundesasylzentrum Gubel

Barbara Beck-Iselin (Vorsteherin Sicherheit) informiert, dass das Bundesasylzentrum Gubel nun seit einem Jahr in Betrieb ist. Während 11 ½ Monaten lief alles ruhig und geordnet. Die Beziehungen zwischen den Betreibern SEM, Bundesamt für Asyl und den Betreuern der AOZ und der Sicherheitsleuten Securitas und Polizei sind reibungslos gelaufen. Die Zusammenarbeit war gut. So konnten kleine Vorfälle oder kleine Probleme immer sofort gelöst werden oder es wurde das Gespräch mit den betroffenen Leuten gesucht. Wie man aus den Medienberichten entnehmen konnte, kam es Ende April 2016 zu einigen Zwischenfällen. Es handelt sich dabei um eine kleine Gruppe von speziellen Flüchtlingen, welche zum Gubel gekommen und jetzt aktiv geworden sind. Diese haben nichts ausgelassen, um zu stören. Sofort haben alle Verantwortlichen mit den Gemeindebehörden einen Weg gesucht. Es wurde folgendermassen gehandelt. Die störenden Menschen wurden versetzt. Agierende Gruppenmitglieder wurden getrennt. Die meisten von ihnen sind nicht mehr im Gubel. Die Sicherheitsvorkehrungen im Gubel und auch im Dorf wurden sofort erhöht. Es wurden seitens der Polizei und Securitas Patrouillen gemacht. Die vermehrte Präsenz dauert weiterhin an, so sieht man diese Leute jetzt im Dorf uniformiert und zivil. Die Polizei ist vermehrt präsent und wird orientiert wenn gewisse Leute das Zentrum Gubel verlassen. So kann aktiv reagiert und die Leute allenfalls beobachtet werden. Es wird gehofft, dass in der nächsten Zeit wieder der gewohnte ruhige Betrieb kommt und die nächsten zwei Jahre gut überstanden werden.

Die eingblendete Kontaktnummer soll bei Beobachtungen oder Fragen zur Sicherheit kontaktiert werden. Die Mitarbeitenden von Securitas stehen während 24 Stunden und 7 Tagen die Woche zur Verfügung und werden dann entsprechende Schritte einleiten.

Anzahl Menschen im Bundesasylzentrum Gubel per Stichtag 31.04.2016:

89 Menschen, davon 65 männliche und 24 weibliche Flüchtlinge. 9 Familien mit total 31 Mitgliedern aus 25 Ländern. Etwa die Hälfte der Flüchtlinge, ca. 48 %, kamen aus Afghanistan, Iran, Irak und Marokko und die anderen aus den restlichen 21 Ländern.

Schiessanlage Chrüzegg

Barbara Beck-Iselin hat aus dem Bereich Sicherheit einen kleinen Hinweis. Die Überarbeitung und Erneuerung der Schiessanlage in der Chrüzegg ging erfolgreich über die Bühne. Ab Freitag, 20. Mai 2016 kann die neue Anlage für das obligatorische Schiessen genutzt werden.

Annemarie Staub weist darauf hin, dass im Kanton Zug ein Litteringgesetz gilt. Wenn man beim Wegwerfen von Abfall erwischt wird, erfolgt eine Busse von CHF 100. Nun sollen die Asylbewerber vom Gubel zweimal pro Woche dazu eingesetzt werden, um die Wegränder vom Gubel ins Dorf zu reinigen, vermutlich auch beim Coop. Die Asylbewerber werden nicht gebüsst für das Wegwerfen von Abfall. Sie werden noch dafür entschädigt. Das sind nicht die dümmsten Leute. Je mehr Abfall sie wegwerfen, desto länger können sie arbeiten. Man nennt dies eine sinnvolle Beschäftigung und dafür werden sie entschädigt. Annemarie Staub findet dies als Diskriminierung der einheimischen Bevölkerung. Wir werden gestraft und die anderen werden entschädigt.

Barbara Beck-Iselin bestätigt, dass das Beschäftigungsprogramm einen Teil der Unterbringung der Asylsuchenden ist. Die Asylsuchenden säubern den Weg zwischen dem Bundeszentrum Gubel und dem Dorf Menzingen dreimal pro Woche, nicht zweimal pro Woche. Dabei muss gesagt werden, dass es sich hier nicht nur um den Abfall der Asylsuchenden handelt. Wann man auf anderen Wegen auf dem Gemeindegebiet unterwegs ist, sieht man vor allem nach der Schneeschmelze überall Abfall. Das Beschäftigungsprogramm ist sehr sinnvoll. Diese Leute sind erst seit einer oder zwei Wochen in der Schweiz und sie müssen die schweizerischen Verhältnisse kennenlernen. In dieser Zeit machen sie solche Arbeiten. Durch diese Touren lernen sie, dass dies nicht gemacht ist. Sie verdienen nicht mehr wenn sie mehr Abfall sammeln, sondern CHF 3.

Tony Mehr möchte sich zum gleichen Thema äussern. Er ist einer von den Leuten, welche im Gubel aktiv sind. Nach dem einjährigen Betrieb im Gubel ist es gut, Bilanz zu ziehen und festzustellen, was alles gelaufen ist. Wer informiert ist, läuft weniger Gefahr, falsche Dinge zu erzählen oder zu glauben. Die IG Zentrum Gubel ist am 9. Mai 2015 das erste Mal am Tag der offenen Tür öffentlich aufgetreten. Etwa 700 Leute liessen sich an diesem Tag die Anlage zeigen und haben dabei viel erfahren, wie das Asylwesen abläuft. Die Leute wurden bei diesem Anlass von der IG Zentrum Gubel verpflegt. Am 1. Mai 2015 sind die ersten Flüchtlinge eingetroffen und die Bevölkerung von Menzingen wussten, wohin sie gehen. Die IG Zentrum Gubel wurde im Dezember 2014 gegründet. Im Mai 2015 waren es bereits 46 Leute, welche sich aktiv einbrachten. Heute zählt die IG 80 interessierte Leute mit unterschiedlichen Tätigkeiten. Ziel der IG ist, dass die Bevölkerung mit den Menschen auf dem Gubel zusammenkommt, sich sieht, sich trifft und sich austauscht. Es ist der IG aber auch wichtig, Meldungen zurückzugeben. Es gab auch schon Zeitungsartikel über die Tätigkeiten der IG. Es wird gewünscht, dass die Zivilbevölkerung einen Stellenwert beim SEM (Staatssekretariat für Migration) hat.

Die Gemeindebehörde von Menzingen ist sehr engagiert und hat tolle Arbeit geleistet. Sie hat sehr viel dazu beigetragen, dass das Zentrum Gubel gut funktioniert. Die Küche beispielsweise wird von einem Menzinger betrieben. Die Behörde hat beim SEM erreicht, dass ein Tag der offenen Tür stattfindet, was das SEM ursprünglich nicht wollte. Die Behörde hat beim SEM wieder nachgehakt, dass eine Medieninformation stattfindet, nachdem das SEM dies versprochen hat. Nach fünf Monaten wurde endlich eine Medienführung gemacht. Sie hat nach Räumen gesucht, dass die IG im Gubel einen Begegnungsort aufbauen kann. Sie hat den Verantwortlichen die viereckige, blaue Kiste abgerungen. Dies war so nicht vorgesehen. Dies alles geht auf die Gemeindebehörde zurück, welche behilflich war. Die Gemeindebehörde hat ausserdem ein offenes

Ohr für die Bevölkerung. Reklamationen werden ernst genommen und es wird mit den Leuten darüber gesprochen und vor Ort angeschaut.

Daneben gibt es andere Akteure wie das SEM oder das AOZ, welches das Zentrum betreibt. Die IG erlebt diese Leute als offene und kooperative Mitarbeitende. Sowohl die Leitung des AOZ wie diejenige des SEM, die Betreuenden, wie auch die Securitas, welche im Gubel arbeiten. Menzingen hat beim SEM einen sehr hohen Stellenwert. Dies wurde bei einem Gespräch mit dem Verantwortlichen für Bundeszentren in der ganzen Schweiz festgestellt. Menzingen ist so etwas wie ein Vorzeigebispiel, weil im Gubel so vieles so gut läuft. Das SEM hat von Menzingen gelernt. Tony Mehr ist gleichzeitig Mitglied der ZIAB (Zivilgesellschaft in Asylbundeszentren). Die Gruppe hat das Ziel, sich gegenüber des SEM als Partner aufzubauen. Zusammen mit dem SEM soll geprüft werden, was die Zivilgesellschaft in solchen Zentren mitwirken und mitarbeiten kann. Die Gruppe ist der Meinung, dass die Asylbetreuung nicht nur Sache des Staates ist. Die Zivilgesellschaft ist nach den Erfahrungen im letzten halben Jahr sehr offen und aktiv. Da gibt es in jeder Ortschaft im Kanton Zug Leute, welche sich für die Flüchtlinge einsetzen möchten. Das SEM hat beispielsweise gelernt, dass man die Vereine mehr in diese Zentren hineinlassen muss. Dies war vorher hermetisch abgeriegelt. Eine Guggenmusik konnte im Gubel kein Konzert veranstalten. Das SEM hat neuerdings erklärt, dass die Vereine für solche Veranstaltungen in ein Zentrum eingelassen werden und musizieren dürfen. Der Sportclub wurde mehrmals aktiv, indem er Bälle und ausrangierte Shirts geschenkt hat. Vereine können etwas dazu beitragen. Morgen Nachmittag findet ein Fussballmatch der Oberstufe Menzingen mit den Flüchtlingen statt.

Die IG erlebt die Flüchtlinge in der Regel als offene, freundliche und immer dankbare Menschen. Bei den Aktivitäten der IG wird viel gelacht und die Flüchtlinge sind fleissig am lernen, zum Beispiel deutsch. Es wird ihnen auch gezeigt, wie die ganzen Regeln ablaufen und wie man zusammen lebt. Sie sind sehr interessiert, und vergleichen mit ihren Ländern und erzählen, wie es bei ihnen ist.

Es gab während 11 Monaten keinen Zwischenfälle. Und jetzt gab es ein paar mal Probleme. Dazu muss man stehen, das darf nicht vertuscht werden. Es gehört sich, dass man wachsam ist und Sorge trägt. Was aber nicht geht, ist die Behauptung von falschen Dingen. Dazu nennt Tony Mehr zwei Beispiele. In der letzten Woche hat ein Leserbriefschreiber aus Unterägeri behauptet, dass die Polizei einen Helikoptereinsatz hatte wegen den Flüchtlingen im Gubel. Die Polizei bestätigte, dass dies überhaupt nicht der Fall war. Der Helikopter wurde vom Militär geflogen und nicht wegen den Flüchtlingen. Ein weiterer Leserbriefschreiber aus Unterägeri hat geschrieben, dass sich Fahrraddiebstähle in Ägeri und in Menzingen gehäuft haben. Die Nachfrage hat ergeben, dass der Polizei im 2014 9 Fahrraddiebstähle in Menzingen gemeldet wurden. Im 2015 waren es 7 und im 2016 bis jetzt war es einer. Tony Mehr erachtet es als fahrlässig wenn Leute solche Dinge in ihren Leserbriefen in die Welt setzen, welche nicht stimmen und welche sie nicht überprüft haben. Dies ist letztlich Verleumdung. Wie bereits am Anfang erläutert, ist es wichtig, dass man informiert ist. Eine solche Informationsmöglichkeit wurde geschaffen. Für den 24. Juni 2016 konnte Erich Gysling, ehemaliger Chef der Tagesschau und der Rundschau und absoluter Kenner der arabischen Welt, gewonnen werden. Er kommt nach Menzingen, um einen Vortrag zu halten. Dieser Anlass kann zusammen mit der Bibliothek Menzingen durchgeführt werden.

Es gibt im Gubel fixe Einrichtungen und Aktivitäten der IG. Morgens findet regelmässig ein PC-Dienst statt, wo die Flüchtlinge an vier PCs kommunizieren können. An zwei Nachmittagen gibt es Beschäftigungen für Kinder sowie Unterricht in Deutsch und Kultur. Die Leute sind sehr interessiert. Eine zeitlang wurde auch gemalt und es gibt weitere Aktivitäten. Wenn jemand interessiert ist, kann er oder sie sich gerne zum mitmachen melden.

Wie bereits gesagt wurde, spielt der Gemeinderat eine wichtige Rolle. Die Verantwortlichen im Gubel machen einen sehr guten Job. Es konnte von der IG Zentrum Gubel mit diesen Leuten eine tolle Zusammenarbeit aufgebaut werden. Es wird gehofft, dass es auch so in den nächsten zwei Jahren weiterläuft.

Diverses

Herbert Keiser teilt mit, dass er im Vorfeld einen Fragenkatalog zugestellt hat. Er möchte sich jetzt auf eine Frage beschränken. Dabei geht es um den Rathausplatz. Neben den blauen Felder sind neu weisse Parkfelder eingezeichnet. Er fragt nun, wer für dieses Projekt verantwortlich war.

Barbara Beck-Iselin erklärt, dass die Parkplatzsituation im Rahmen der Um- und Neubauarbeiten des Hauses Adler geprüft wurde. Dabei gab es verschiedene Überlegungen. Die Abklärungen sind noch nicht abgeschlossen, ob die weissen Parkplätze so belassen werden können oder ob diese vom Kanton nicht bewilligt werden. Der Gemeinderat hat die Verantwortung.

Herbert Keiser möchte zudem wissen, wieviel dies bis jetzt gekostet hat und die Kosten bereits eruiert wurden.

Barbara Beck-Iselin entgegnet, dass die Kosten nicht zusammengetragen wurden. Bis jetzt musste noch keine Rechnung bezahlt werden.

Herbert Keiser möchte auch wissen, wann die Bewilligung der Sicherheitsdirektion für die Umnutzung erteilt wurde.

Barbara Beck-Iselin wiederholt, dass die Abklärungen am laufen sind und diese Frage deshalb noch nicht beantwortet werden kann.

Marianne Aeppli teilt mit, dass seitens Alternative – die Grünen, sehr kurzfristig eine Interpellation eingereicht wurde. Mit Wochenendfristen ist diese jedoch nicht mehr 20 Tage vor der Gemeindeversammlung im Rathaus angekommen.

(Anmerkung der Protokollführerin: § 81, Abs. 2 Gemeindegesetz)

In der Interpellation geht es um die Möglichkeit einer Hol- und Bringstation im neuen Werkhof oder ob versuchsweise etwas Neues ausprobiert werden könnte. Laut Aussage des Gemeinderates ist das Ganze in Bearbeitung. Marianne Aeppli möchte sich heute nach dem aktuellen Stand erkundigen.

Martin Kempf hat heute bereits angetönt, dass morgen Donnerstag der Verwaltungsrat der ZEBa tagt. Die Fragen der Interpellation wurden an den ZEBa weitergeleitet. Für den Hauptbetrieb des Werkhofes ist der ZEBa zuständig. Das Werkhofpersonal in Menzingen wird vom ZEBa vergütet und am Schluss werden die Kosten über den ganzen Kanton wieder umgelegt. Der Eingang der Interpellation war zu kurzfristig. Dieses Thema wurde bereits im Vorfeld und an der letzten Gemeindeversammlung behandelt. Im Gemeinderat wurde diese Frage noch nicht abschliessend behandelt. Die Fragen werden sicher innerhalb der Frist beantwortet.

Martin Kempf möchte noch etwas zur Anlage Schützenmatt anmerken. Dieses Gebäude wurde ziemlich genau vor 36 Jahren in Betrieb genommen. Damit es so gut in Schuss gehalten wurde, braucht es Leute. Die Person, welche dafür zuständig war, ist Alois Huwiler. Er hat damals ein paar Monate vorher mit seiner Arbeit begonnen. Jetzt ist er bereits seit einem Monat in der Pension. Er war 36 ½ Jahre Mitarbeiter der Gemeinde Menzingen und in der Schlusszeit Chefhauswart. Es ist nicht selbstverständlich, in dieser schnelllebigen Zeit, dass heute noch ein Mitarbeiter 36 ½ Jahre seinen Dienst am gleichen Arbeitsplatz verrichtet. Für Alois war es eigentlich kein Dienst, sondern eine Berufung. Es war nach Meinung von vielen immer „der Liebe“. Man hatte mit ihm nie Probleme. Er war für die Bevölkerung da. Alois Huwiler wird nach vorne gebeten. Alois Huwiler wurde an seinem letzten Arbeitstag in der Schützenmatt zusammen mit der Schule verabschiedet. Der ganze Tag wurde mit ihm verbracht. Die eine oder andere Episode von den Anfangszeiten wurde von Alois Huwiler erzählt. Er hat für die Anlage Schützenmatt gelebt. Alois Huwiler wird nochmals recht herzlich gedankt. Für Martin Kempf ist es kein Trauertag sondern ein Freudentag. Er ist überzeugt, dass es Alois Huwiler auch in Zukunft nicht langweilig wird. Alois Huwiler wird nochmals unter grossem Applaus der Anwesenden verabschiedet.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

Peter Dittli dankt seinen Kolleginnen und seinem Kollegen im Gemeinderat und der neuen Gemeindeschreiberin. Der Dank gilt auch den beiden Stimmzählenden, Erwin Winiger und Titus Rüedi. Besonderen Dank gilt den Einwohnerinnen und Einwohnern für die Teilnahme, das Mitmachen und für das Vertrauen, welches dem Gemeinderat entgegengebracht wird.

Mit dem Hinweis zur nächsten Gemeindeversammlung am 23. November 2016 wird der offizielle Teil der Gemeindeversammlung geschlossen. Alle Anwesenden sind zum anschliessenden Apéro eingeladen.

Schluss der Versammlung um 22.15 Uhr.

Die Protokollführerin:

Petra Poletti

Eingesehen und für richtig befunden.
Sitzung des Gemeinderats vom 13. Juni 2016

Namens des Gemeinderates Menzingen

Der Gemeindepräsident:

Peter Dittli